

SVP und EDU fordern ein Hymnenobligatorium

Der Kantonsrat will den Schweizerpsalm nicht in den Lehrplan aufnehmen.

Helene Arnet

Fussballspieler, die mit Inbrunst und Stolz die Nationalhymne singen, gewinnen häufiger. Diese von EDU-Kantonsrat Hans Egli (Steinmaur) gestern in der Kantonsratsdebatte geäusserte Beobachtung bedürfte wohl einer vertieften Studie. Immerhin steuerte Jürg Trachsel (SVP, Richterswil) zur Bekräftigung dieser These ein Beispiel bei: Der französische Fussballstar Kylian Mbappé habe schon als 10-jähriger den Ball jonglierend lauthals die Marseillaise, also die französische Hymne, gesungen. Und siehe da: Er schoss am vergangenen Samstag mit zwei Treffern Frankreich ins Achtelfinale. «Das nenne ich gelungene Integration», schloss Trachsel.

Es ging bei dieser Debatte nur vordergründig um die singende oder eben nicht singende Schweizer Nationalmannschaft. Egli und Trachsel verlangten in einer Motion ein Hymnenobligatorium. Das Volksschulgesetz soll das Erlernen und Singen des Schweizerpsalms vorschreiben. Denn dieser bringe die «unersetzbare Wurzel echter Schweizer Werte wie Solidarität, Freiheit und Demokratie» zum Ausdruck. «Gerade beim Zuwachs von Menschen aus völlig anderen Kulturen ist es wichtig, dass diese sich mit unseren Werten auseinandersetzen», argumentierte Egli weiter.

Zürcher Tracht und Tell

Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) liess sich ob solch grosser Worte nicht aus der Fassung bringen. Sie argumentierte trocken mit jenem Paragrafen, der vorschreibt, dass der Bildungsrat und nicht der Regierungsrat den Lehrplan festlege. Allerdings, so wurde mehrfach angeführt, wird die Nationalhymne im viel diskutierten Lehrplan 21 bereits namentlich erwähnt - als Musikbeispiel, dessen Funktion die Schülerinnen und Schüler erkennen sollen.

Prisca Koller (FDP, Hettlingen) outete sich als glühende Anhängerin der Schweizer Nationalmannschaft, störte



«Trittst im Morgenrot daher ...»: Wie es weitergeht, weiss heute in der Regel nur noch der Männerchor. Foto: Keystone

sich aber trotzdem daran, dass viele Spieler vor dem Anpfiff nicht «Trittst im Morgenrot daher» schmettern. Allerdings bezweifelte sie, ob dieser Psalm tatsächlich geeignet sei, die echten Schweizer Werte zu vermitteln. Das sah auch Andreas Erdin (GLP, Wetzikon) so. Schillers «Wilhelm Tell» gebe da weitaus praktischere Anstösse, so etwa: «Redlichkeit gedeiht in jedem Stande.»

Einen grossen Auftritt liess die Grüne Regula Kaeser hin. Sie erschien in der Zürcher Werktagstracht und schaffte es in ihr gar nicht so langes Votum sage und

schreibe 27 von 36 Versen des Psalms zu verweben. Das tönnte dann beispielsweise so: «Ob im Morgenrot oder Alpenglühn, im Nebelflor oder wilden Sturm - wir Grünen lehnen die verlangte Ergänzung des Volksschulgesetzes ab.»

Der Applaus blieb aus, dafür erntete Laura Huonker (AL, Zürich) Gelächter, bevor sie richtig loslegte - einfach nur, weil sie ganz ernst sagte: «Die AL will die Motion nicht überweisen.» Doch während vonseiten der SVP gemutmasst wurde, sie fordere nun ein Obligatorium für die «Internationale», erklärte Huonker

den Schweizerpsalm zum «Lied der Herzen». Von der Melodie her sei er nicht ein Marsch wie viele andere Nationalhymnen, sondern ein Choral. «Und er preist Gott und Heimat, ohne Waffengewalt zu erwähnen.»

Mit einem praktischen Hinweis wartete Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) auf: Er habe eine Nationalhymnen-App auf dem Handy und sei daher immer sattelfest im Text. Die frommen und nicht frommen Seelen ahnen: Die Motion fand keine Mehrheit - sie wurde mit 51 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Gesehen & gehört Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte bereiten sich auf einen spannenden Showdown vor - und erzählen von einer unfreiwilligen Begegnung auf der Greina. Von Marisa Eggli

Bekannte Gesichter, gemischte Gefühle

Der kommende Montag ist für **Jürg Trachsel** (56) ein Schicksalstag. Der SVP-Fraktionschef aus Richterswil könnte sich aus der Politik verabschieden, weil er neuer kantonalen Ombudsmann wird - nach satten 23 Jahren im Kantonsrat. Am nächsten Montag wählt das Zürcher Parlament eine neue Ombudsperson. Die Stelle ist die unabhängige Beschwerdeinstanz für Bürgerinnen und Bürger, die mit der Verwaltung hadern.

Jurist Trachsel will das Amt mit einem Jahreslohn von 260 000 Franken, doch die Konkurrenz ist hart: Seine ärgste Gegenspielerin ist **Judith Vogel**. Die 56-Jährige ist FDP-Mitglied und Staatsanwältin aus Turbenthal. Vor zehn Jahren erlangte sie Bekanntheit im Fall des damaligen Armeeführers **Roland Nef**. Sie stellte das Strafverfahren ein, das gegen ihn lief, weil er seine Partnerin genötigt haben soll. Die Einstellung brachte Vogel Kritik ein. Im Rennen um den Posten als Ombudsmann ist auch ein Luzerner, **Urs Baumeler** (47), Jurist in leitender Funktion bei den SBB.

Deshalb ist Trachsel nervös, was er unumwunden zugibt. Er sagt aber: «Ich würde mich nicht zur Wahl stellen, glaubte ich nicht an meinen Erfolg.» Für diesen war er gestern Nachmittag unterwegs - von einer Parteisitzung zur nächsten. Dort erzählte er von seinen Aufgaben als Mediator, strich heraus, wie gut er vermitteln und Lösungen finden könne. Auch Vogel und Baumeler machten nach der Kantonsratssitzung den Rundgang bei den links-grünen

Parteien. Diese werden in der Ombudsfrage die entscheidenden Kräfte sein, da SVP und FDP je eine eigene Kandidatur aufgestellt haben.

Das Parlament habe eine echte Wahl, sagt **Esther Guyer**, Fraktionschefin der Grünen. Und diese werde spannend, weil sich verschiedene Fragen stellten: Beanspruchen die bürgerlichen Parteien den Posten zu Recht für sich? Muss es im Kanton endlich eine Ombudsfrau geben, oder entscheidet man sich für einen bekannten Kantonsrat - gar einen den man gut mag? Die Wahl ist geheim, ihre Präferenz behält Guyer für sich, eine Prognose wagt sie keine.

Das macht nur SP-Fraktionschef **Markus Späth**. Er rechnet mit einem «knappen» Resultat: «Am Schluss und erst im zweiten Wahlgang wird die Frau gewählt.» Sie sei eine qualifizierte Kandidatin, die Behörden und Kanton gut kenne. Seiner Meinung nach sei es mit dieser Voraussetzung Zeit für eine Ombudsfrau. Wen auch immer die Parteien bevorzugen, die Hauptsache ist, dass sie zahlreich erscheinen - und wählen. Jede Stimme der 180 Kantonsrätinnen und Kantonsräten wird

zählen, was ihnen durchaus bewusst ist. So munkelt man, dass es sogar SVP-Mitglieder gibt, die eigens für die Wahl aus den Ferien zurückkehren, um Trachsel zu unterstützen.

✱

Auch SVP-Kantonsrätin **Nina Fehr Düsel** steht vor entscheidenden Tagen, was ihre politische Zukunft betrifft. Diese weist sich jedoch nicht bereits in einer Woche, aber im September. Dann weiss sie, ob es ihr die Partei einfach oder schwierig macht, 2019 als Kantonsrätin wiedergewählt zu werden. Sie buhlt zurzeit um einen Platz auf der Kantonsratsliste des Bezirks Meilen für die kommenden Wahlen. Die Stadtzürcher SVP hat ihr den bekannten Anwalt **Valentin Landmann** vorgezogen. Der offizielle Grund dafür ist ihr Wegzug von Zürich nach Küsnacht, weshalb sie nun für den Bezirk Meilen antreten sollte. Dort hat sie aber ebenfalls Konkurrenz. So erhofft sich wohl **Roberto Martullo-Blocher** einen Spitzenplatz. Als Ehemann von **Magdalena Martullo-Blocher** und Schwiegersohn von **Christoph Blocher** dürfte ihn die Partei nicht links liegen lassen. Fehr

✱

Düsel gibt sich trotzdem zuversichtlich. Sie habe von der kantonalen Parteileitung positive Signale erhalten, sagt sie. Und diese müsste eigentlich darum besorgt sein, Frauen mit Wahlchancen nicht zu vergraulen. In der Kantonsratsfraktion gibt es zu wenige davon.

Fernab von Politikgeplänkel und Fussballweltmeisterschaft machten sich am letzten Wochenende einige GLP-Kantonsräte auf, um über die Greina zu wandern. Pro-Natura-Geschäftsleiter **Andreas Hasler** führte die Gruppe, organisiert hat die Reise GLP-Kantonsrat **Cyrrill von Planta**. Mit dem Ziel: «Sich mal wieder anzuschauen, was man schützt», sagt von Planta. Kaum war die Gruppe den Berg hoch bei der Terrihütte, erblickte sie aber nicht die einsame Natur, sondern FDP-Gesundheitsdirektor **Thomas Heiniger**. Der Freisinnige war ebenfalls auf Wanderschaft. Die Wiedersehensfreude zwischen dem GLP-Trupp und FDP-Regierungsrat dürfte verhalten gewesen sein. Man habe etwas Smalltalk gemacht, sagt von Planta. Für ein Glas Hüttenrotwein reichte es nicht.



Jürg Trachsel
SVP



Judith Vogel
FDP



Urs Baumeler
Parteilos

Finanzausgleich bleibt, wie er ist

Der Kantonsrat lehnt es ab, dass der Kanton auf dem Buckel der Gemeinden spart.

Es war eine der letzten Massnahmen, die der Regierungsrat im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 ergreifen wollte, um den mittelfristigen Ausgleich des Finanzhaushaltes 2013 bis 2020 zu erreichen. Und eine, die richtig einschneiden würde. Das Sparpotenzial wurde auf 56 Millionen Franken geschätzt. Doch wuchtiger hätte die Vorlage gar nicht abgelehnt werden können. Mit 162 zu 0 Stimmen beschloss der Kantonsrat gestern Nichteintreten. Die Regierung hatte unter anderem vorgeschlagen, dass die Grenze, ab wann Gemeinden Zuschüsse aus dem Finanzausgleich erhalten sollen, um einen Prozentpunkt nach unten verschoben wird. Damit erhalten weniger Gemeinden Beiträge. Im Sinne einer Opfersymmetrie sollte aber auch die Grenze, ab wann eine Gemeinde Zuschüsse zahlen muss, um einen Punkt gesenkt werden.

Es bezahlen also mehr Gemeinden. Dagegen liefern nicht nur im Vorfeld die meisten Gemeinden Sturm, auch beide vorberatenden Kommissionen sprachen sich einstimmig dagegen aus. Der Vorschlag habe bei der Finanzkommission für Stirnrunzeln bis Kopfschütteln gesorgt, sagte Fiko-Präsidentin Beatrix Frey (FDP, Meilen). «Damit senkt der Kanton nicht die Ausgaben, sondern er bereichert sich auf Kosten der Gemeinden.» Auch werde durch eine solche Massnahme das erklärte Ziel, dass die Steuerfüsse nicht zu stark auseinanderdriften, klar verfehlt. Philipp Kutter (CVP, Wädenswil) sprach von einer «plumpen Vorlage», welche «Gift für das Verhältnis zwischen dem Kanton und den Gemeinden» sei. Und der neue Stadtpräsident von Schlieren, Markus Bärtschiger (SP), warnte: «Manche Gemeinden stossen finanziell jetzt schon an ihre Grenzen und kämpfen um jeden Rappen.»

Helene Arnet

Aus dem Kantonsrat

Rudolf-Steiner-Schule

Mit 155 zu 4 Stimmen hat sich der Kantonsrat dafür ausgesprochen, der Immobilienstiftung der Rudolf-Steiner-Schule ein zinsloses Darlehen in der Höhe von 5 Millionen Franken zu gewähren. Die Schule will an der Plattenstrasse 50 für 15,5 Millionen einen Neubau realisieren. Verschiedene Fraktionen stellten allerdings die Frage in den Raum, ob es richtig sei, einer einzelnen Privatschule finanziell unter die Arme zu greifen. Die EDU sprach sich deshalb gegen die Vorlage aus. Die Rudolf-Steiner-Schule sei staatlich anerkannt, eine der ältesten Privatschulen im Kanton und trage zur Vielfalt der Volksschule bei, führten die Befürworter an. Allerdings bestanden die Bürgerlichen gegen die Stimmen von SP, Grünen, EVP und AL darauf, dass die Schule bereits in sechs Jahren mit der Rückzahlung des Darlehens beginne.

Berufsfachschule Rütli

Ohne Gegenstimme genehmigte der Kantonsrat einen Kredit von 3,5 Millionen Franken, damit die Berufsfachschule Rütli am nordöstlichen Rand des Schulareals ein Mehrzweckgebäude bauen kann. Es wird zwei Klassenzimmer umfassen, die bei Bedarf zu einem Raum mit 150 Sitzplätzen zusammengelegt werden können.

Lehrplan 21

Eine aus dem Umkreis des VPOD stammende Einzelinitiative, welche ein Moratorium für die Einführung des Lehrplans 21 verlangte, wurde mit 161 zu 0 Stimmen für ungültig erklärt, da der Bildungsrat und nicht der Regierungsrat über den Lehrplan entscheidet. Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) sagte zudem: «Wir sind gut unterwegs.»

Ausserschulische Angebote

Mit 133 zu 26 Stimmen überwies der Rat ein Postulat von CVP, SVP und SP, welches eine Analyse der Situation der Sport- und Jugendverbände sowie weiterer Akteure in der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit anregt. Die FDP war der Meinung, dass dies keine neuen Erkenntnisse bringe. (net)